

Von »Kapitalinteressen« und »Kriegsbegeisterung«

Jürgen Schardt wirft in seinem Buch »Mythos Bürgersinn« einen kritischen Blick auf die Gründungsgeschichte der Goethe-Universität

Die Gründungsphase der Goethe-Universität ist im Jubiläumsjahr ein wichtiges Thema, nicht zuletzt auch, weil die Rückkehr zur Stiftungsuniversität im Jahre 2008 Vergangenheit und Gegenwart einer Institution in einen engen Bezug rückt. Nun hat sich ein Sozialwissenschaftler der Goethe-Uni mit dem politischen und ökonomischen Kontext der Universitätsgründung beschäftigt. Jürgen Schardt, Promovend im Fach Humangeographie, stört es, dass die Gründungsphase in der öffentlichen Wahrnehmung so positiv besetzt ist, und hält mit einer Re-Lektüre von zeitgenössischen Dokumenten, aber auch von heutigen Darstellungen dagegen. In vielen dieser Texte werde immer auf das liberale, tolerante und weltoffene Frankfurt verwiesen. „Das hat durchaus seine Richtigkeit, aber was ich dem entgegenstellen würde, ist, dass die Unigründung auch ein elitäres Projekt war, das eben nicht allen Bürgern offenstand“, betont Schardt. Es sei nicht der Geist des uneigennützig handelnden Citoyen federführend gewesen; eher der des Bourgeois, der sein Kapital für Bildung angelegt habe.

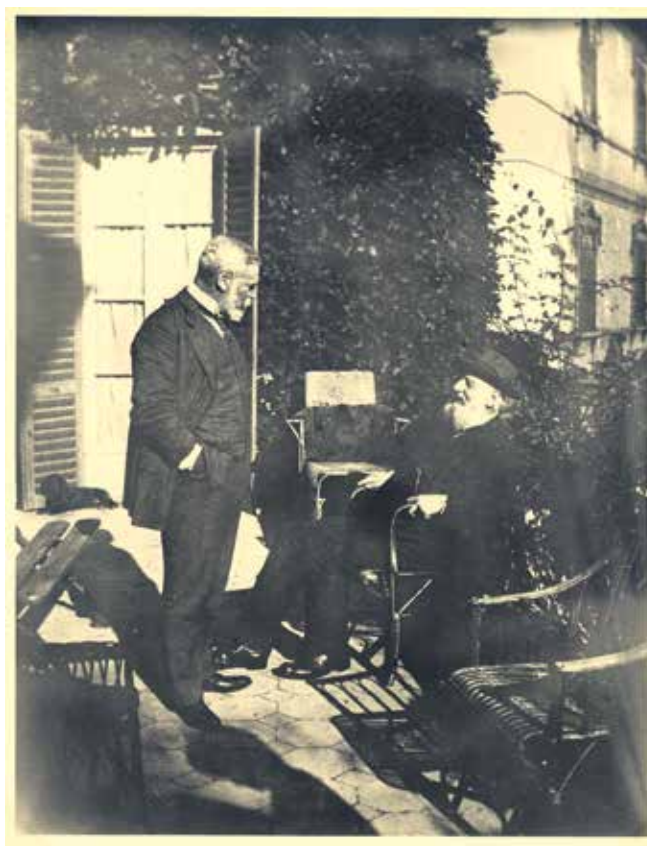
Strukturen statt Individuen

Wie definiert man aber eigennützig und uneigennützig, ist nicht auch das Engagement eines Stifters immer auch einem persönlichen Zweck unterworfen? Schardt hält diese Frage nicht für entscheidend. In seinem 2014 erschienenen Buch »Mythos

derstände gegenüber Universitäten in Großstädten bestanden haben. Der Frankfurter Weg, eine Universität zu gründen, sei unter anderem deswegen möglich gewesen, weil sich die Interessen des Frankfurter Bürgertums mit denen des preußischen Staates verbunden hätten.

Nur eine (neue) Universität unter vielen?

Bei der Gründung habe sich die Goethe-Universität, so Schardt, dem preußischen Bildungswesen untergeordnet. Andere Konzepte einer autonomen Universität seien im Vorfeld unter den Tisch gefallen, sodass schließlich nur noch die Alternative zwischen einer staatlichen preußischen Universität oder gar keiner bestanden habe. Schardt verweist auf die große Tradition der Frankfurter Sozialdemokratie. Die starke, aber aufgrund des Zensuswahlrechtes machtlose Partei habe eigene Positionen zur Gründung einer Hochschule gehabt, die sich aber nicht durchsetzen ließen. Bestritten wird von Schardt auch, dass die konfessionelle Offenheit der neuen Universität eine satzungsmäßige Verbindlichkeit erhalten habe. Grundsätzlich sei man in Berufungsfragen immer noch vom Wohlwollen des preußischen Kultusministeriums abhängig geblieben. Ein jüdischer Interessensverband habe deshalb im Vorfeld gewarnt, mit dieser Regelung mache man sich „zum Gespött der Welt“. Zwar seien in Frankfurt überdurchschnittlich viele jüdische



Gründungsfiguren Adickes und Merton. Foto: Universitätsarchiv Frankfurt

hätten. Somit sei man in Frankfurt keineswegs kriegstrunkener, aber auch nicht friedfertiger als anderswo gewesen, zumindest nicht vor dem Krieg. „Der erste Lehrstuhl für Soziologie, der 1919 von Openheimer übernommen wurde, wäre in dieser Form 1914 noch nicht möglich gewesen“, so Schardt. Nicht bestreiten möchte er, dass die Thematisierung sozialpolitischer Fragen in den Wirtschaftswissenschaften der Gründungszeit zumindest das diskursive Feld bereitet hat für eine kritische Soziologie. „Adickes und selbst auch Merton haben, ohne dass sie kapitalismuskritisch gewesen wären, mit ihrer Politik sicherlich einiges von dem vorweggenommen, was später mit dem keynesianischen Wohlfahrtsstaat kommen sollte. Damit standen sie gegen die Forderung des Laissez-faire, wie sie von manchen Bourgeoisfraktionen vertreten wurde.“

Goethe-Universität – quo vadis?

Da Schardt die Gründungsphase kritischer betrachtet, als dies etwa der Unihistoriker Notker Hammerstein tut, mag er auch der Hinwendung zur Stiftungsuniversität nur wenig Gutes abgewinnen. Er sieht eine Parallele in der Abhängigkeit vom preußischen Ministerium im Jahre 1914 und in der heutigen vom hessischen Ministerium: „Es besteht heute eine Interessenkonvergenz zwischen Universität und Land Hessen – solange die Interessen gleich sind, kann von Autonomie gesprochen werden, aber was passiert, wenn sich die Landespolitik mal ändert?“, unkt Schardt.

Partizipation und Demokratie seien im Schwinden begriffen, die Interessen der privaten Stifter prägten zunehmend die Entscheidungen der Hochschulleitung.

Schardts Arbeitsplatz ist im Institut für Sozialforschung, das sich gegenüber dem alten Bockenheimer Hauptcampus befindet. So verwundert es insgesamt nicht, dass er die Anbindung des Campus Westend an die Stadt vermisst. Dass das neue Studierendenhaus erst als eines der letzten Gebäude auf dem neuen Campus realisiert wird – planerisch durchaus zu begründen – ist für Schardt ein weiterer Beleg dafür, dass das Modell Bockenheimer Geschichte ist. *df*

Bitte vormerken: Zum Ende des Jubiläumjahres werden Gründung und Geschichte der Goethe-Universität nochmal Thema einer Podiumsdiskussion sein, u. a. mit Jürgen Schardt.

Der genaue Termin wird noch rechtzeitig bekanntgegeben.

➤ www.uni-frankfurt.de



Foto: D. Frank



Bürgersinn“ blickt er gewissermaßen durch die marxistische Brille auf das junge 20. Jahrhundert und erblickt Strukturen, die das Handeln des Einzelnen in den Hintergrund rücken. Zentrale Gründungsfiguren wie Adickes oder Merton sind daher für Schardt längst nicht so interessant. Er geht vielmehr davon aus, dass vor dem 1. Weltkrieg das „Industrie- und Handelskapital“ ein erhöhtes Interesse an der Gründung einer Universität gehabt habe. Während es in Frankfurt auch zu dieser Gründung gekommen sei, sei es beispielsweise in Köln oder Hamburg erst nach dem 1. Weltkrieg zu Neu- oder Wiederründungen gekommen. Schardt sieht darin auch einen Hinweis darauf, dass im Kaiserreich große Wi-

Gelehrte berufen worden. Voraussetzung dafür sei jedoch gewesen, dass das Ministerium kein Interesse an einer Intervention gehabt habe.

Liberal ja, aber erst nach dem 1. Weltkrieg?

Schardt vermisst eine intensivere Beschäftigung der Unihistoriker mit dem „Hurra-Patriotismus“ vor Ausbruch des 1. Weltkrieges beschäftigen. „Es gab Reden wie des Historikers Georg Künzel, der im Jahre 1915 in einer patriotischen Hetzrede Kaiser Wilhelm hochleben ließ.“ Schardt konzediert zwar, dass auch große Intellektuelle wie Thomas Mann oder Max Weber den Kriegseintritt anfangs befürwortet

Impressum

Herausgeber
Der Präsident der Goethe-Universität
Frankfurt am Main
V. i. S. d. P. Dr. Olaf Kaltenborn (ok)

Redaktion
Dr. Dirk Frank (df)
frank@pww.uni-frankfurt.de
Tamara Marszalkowski (Assistenz)
t.marszalkowski@vdv.uni-frankfurt.de

Abteilung
Marketing und Kommunikation
Grüneburgplatz 1
60323 Frankfurt am Main

Tel: (069) 798-12472 /-23819
Fax: (069) 798-763 12531
unireport@uni-frankfurt.de
www.uni-frankfurt.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe
Julia Wittenhagen, Dr. Stefanie Hense,
Melanie Gärtner, Katja Irle, Monika
Hillemacher, Dr. Anke Sauter, Dr. Anne Hardy
und Ulrike Jaspers

Anzeigenverwaltung
CAMPUSERVICE
Axel Kröcker
Rossertstr. 2
60323 Frankfurt am Main
Tel: (069) 715857-124
Fax: (069) 715857-20
akr@uni-frankfurt.campuservice.de

Gestaltung
Nina Ludwig M. A.
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Mitarbeit: Dagmar Jung-Zulauf

Korrektorat
Hartmann Nagel Art & Consulting
August-Siebert-Str. 12
60323 Frankfurt am Main

Druck
Frankfurter Societäts-Druckerei
Druckzentrum Mörfelden
Kuhhessenstraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf

Vertrieb
HRZ Druckzentrum der Universität
Senckenberganlage 31
60325 Frankfurt am Main
Tel: (069) 798-23111

Der UniReport ist unentgeltlich. Für die Mitglieder der VFF ist der Versandpreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder. Der UniReport erscheint in der Regel sechs Mal pro Jahr. Die Auflage von 15.000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt verteilt. Für unverlangt eingesandte Artikel und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Die Redaktion behält sich Kürzungen und Angleichungen an redaktionelle Standards vor. Urheber, die nicht erreicht werden konnten, werden wegen nachträglicher Rechteabgeltung um Nachricht gebeten.

